

Unabhängig, kompetent und dem Gemeinwohl verpflichtet

Wahlkampf einmal anders: Der freie Bürgermeisterkandidat Christoph Zwickler stellt sich den Fragen des ehemaligen SPD-Kandidaten Eric Robert Bender

Mühltal. Die Wahl einer Bürgermeisterin oder eines Bürgermeisters am 21. Januar 2024 hat aktuell das politische Leben in Mühltal im Griff. Das Wahlvolk ist wieder einmal interessant geworden und wird mit viel Aufmerksamkeit bedacht. Bunte Parolen und Versprechen, nahezu alle Probleme zu lösen, dominieren das Bild. Der unabhängige Kandidat Christoph Zwickler geht einen etwas anderen Weg. Er tauscht sich am 4. Dezember 2023 mit dem ehemaligen Ersten Beigeordneten Eric Robert Bender zu vielen praktischen Fragen der Mühltaler Kommunalpolitik aus.

Hallo Christoph, Glückwunsch zur Kandidatur. Auf deinen Wahlplakaten hast du drei Kernsagen. Kannst du sie erläutern?

Hallo Robert, vielen Dank für deine Unterstützung. Es ist mir wichtig, als Unabhängiger ins Rennen zu gehen. Ich bin weder abhängig von einer Partei oder Wählergemeinschaft noch von jergendwelchen Gönnern, die mir den Wahlkampf finanzieren.

Nehme ich solche Hilfen an, so schulde ich umgekehrt im Falle meiner Wahl dem einen oder anderen eben doch noch einen Gefallen. Das will ich nicht. Ich mache mich aber gern abhängig von der Gesamtheit der Bürgerinnen und Bürger und natürlich von den Inhalten, zu denen uns unsere staatliche Ordnung verpflichtet.

Du stellst deine Kompetenz heraus, womit du vermutlich auf deine Erfahrungen in Politik und Verwaltung reflektierst? Du bist ja nicht nur Gemeindevertreter in Mühltal und warst fünf Jahre lang auch Mitglied des Kreistages Darmstadt-Dieburg. Aktuell bist du überdies Kreisbeigeordneter und damit als Mitglied des höchsten Verwaltungsgremiums unseres Landkreises auch einer der Stellvertreter des Landrates.

Die wichtigsten Erfahrungen sind die, die ich über Jahrzehnte hinweg als ganz einfacher Bürger gemacht habe. Ein Bürgermeister sollte seinen Blick nicht von oben herab auf die Bürgerinnen und Bürger werfen, sondern sich erst einmal in deren Lage versetzen können. Und die Jahre in der Kommunalpolitik haben mich auch viel gelehrt.

Seit nun bald drei Jahren bin ich Beigeordneter im Landkreis Darmstadt-Dieburg. Das ist eine spannende Aufgabe, weil die wichtigen Entscheidungen der Kreisverwaltung auch über meinen Schreibtisch laufen. Dadurch werfe ich einen ganz neuen Blick auf das, was die Verwaltung macht. Inzwischen sind mir einige Sachen klar geworden und ich kann aus Sicht der Verwaltung manche Dinge nachvollziehen, für die ich zuvor kaum Verständnis hatte. Dennoch will ich nie vergessen, woher ich komme und welche ursprünglichen Pflichten eine Verwaltung eben hat.

Auf den Plakaten betonst du das Gemeinwohl. Wie ist das zu verstehen?

Die wichtigste Aufgabe eines Bürgermeisters ist die Vertretung der Interessen der Bürgerschaft. Dieses Gemeinwohl ist abzugrenzen von den Einzelinteressen, die die Menschen nun einmal auch haben. Zur Wahrnehmung der Einzelinteressen gibt es die Rechtsordnung. Als Bürgermeister ist es meine oberste Pflicht, das Gemeinwohl zu vertreten und zwischen Einzelinteressen und öffentlichen Interessen zu unterscheiden.

Ist der Wald für dich ein Beispiel dafür?

Ein gesunder Wald liegt für mich im öffentlichen Interesse, denn der Wald steht jedem offen und kann von allen kostenlos zur Naherholung genutzt werden. Er erfüllt darüber hinaus wichtige Umwelt- und Klimafunktionen, was ebenfalls dem Gemeinwohl dient. Ein möglicher finanzieller Gewinn aus dem Wald ist untergeordnet.

Du warst früher einmal Mitglied der Jungen Union, deine Mutter war für die CDU in Mühltal Gemeindevertreterin und Mitglied des Gemeindevorstandes. Wieviel CDU steckt noch in dir?

Die eigenen Wurzeln sollten nicht verleugnet werden. Schon als Schüler ging es mir natürlich um die Werte, die versprochen wurden. Das war zu einer Zeit, als die CDU sowohl in Hessen als auch im Bund in der Opposition festgefahren war. Sobald ich aber den Eindruck gewinnen musste, dass diese Werte zu CDU-Regierungszeiten oft nur noch ein Vehikel waren, um an die Macht zu gelangen, emanzipierte ich mich auch von der CDU.

Inzwischen sehe ich viele Werte auch in anderen Parteien gut oder sogar besser aufgehoben. Ich war aber noch nie Mitglied in einer bundesweit aufgestellten Partei. Insbesondere in der Kommunalpolitik ist Geradlinigkeit letztlich auch zielführender als parteitaktisches Denken.

Warum benennst du auf den Plakaten keine inhaltlichen Themen?

Mit der Benennung von konkreten Inhalten würde ich den falschen Eindruck erwecken, als liege es allein in meiner Hand, diese Inhalte auch umzusetzen. Das ist aber nicht der Fall. Nehmen wir das Thema Aldi-Autobahn. Der Bürgermeister ist dafür gar nicht zuständig. Einen möglichen Ausbau müsste die Gemeindevertretung beschließen, denn es geht auch um viel Geld.

Nach dem Gerichtsurteil zur Aldi-Autobahn sind überdies die juristischen Hürden sehr hoch. Es kann sein, dass ein Ausbau aus rechtlichen Gründen gar nicht möglich ist. Und schließlich hat die Machbarkeitsstudie dazu jetzt ergeben, dass wir für einen Ausbau aus heutiger Sicht bis zu 10 Millionen Euro ausgeben müssten, davon allerdings einen Teil für die Alte Dieburger und die Alte Darmstädter Straße. Ich will mich deshalb bei solchen Themen zurückhalten, die nicht in meiner Hand liegen.

Bleiben wir bei der Aldi-Autobahn. Hast du Initiativen ergriffen, um die Bergstraße und die Stiftstraße zu entlasten?

Bereits im Zuge der Beplanung des Dornberges hatte ich der Gemeindevertretung immer wieder vorgeschlagen, die jetzt neu eröffnete Wichernstraße direkt an die Flachsstraße weiterzuführen. Das wäre möglich gewesen, auch das frühere Planungsbüro der Gemeinde hatte das benannt. Damit wären alle zufrieden gewesen, sowohl die Menschen aus der Stiftstraße/Bergstraße wie auch die aus der Alten Dieburger Straße. Das war aber politisch leider nicht gewollt.

Beim Rechtsstreit um die Aldi-Autobahn hätte ich mir gewünscht, dass die vom Verwaltungsgericht darin angestoßene Mediation nicht einseitig durch die Gemeinde abgebrochen worden wäre. Wenn ein Gericht eine solche Vermittlung

schon anbietet, dann sollte sie auch abschließend wahrgenommen werden. Es ging ja darum, dass alle etwas nachgeben. Auch diese Chance wurde leider vertan. Die Befürworter des Ausbaues wollten alles und stehen jetzt mit ganz leeren Händen da.

Das Urteil dazu habe ich dann unmittelbar nach Verkündung dieser Chance wurde leider vertan. Die Befürworter des Ausbaues wollten alles und stehen jetzt mit ganz leeren Händen da. Das Urteil dazu habe ich dann unmittelbar nach Verkündung dieser Chance wurde leider vertan. Die Befürworter des Ausbaues wollten alles und stehen jetzt mit ganz leeren Händen da.



Bürgermeisterkandidat Christoph Zwickler im Gespräch mit Eric Robert Bender, der 2007 SPD-Bürgermeisterkandidat war. Der Diplom-Verwaltungsfachwirt ist mit Christoph Zwickler befreundet und unterstützt ihn im Wahlkampf. Foto: privat

verschoben. Darauf warten wir nun schon seit vielen Jahren. Für mich sieht das immer ein wenig danach aus, als wolle man zwar über die Probleme reden, aber nicht wirklich handeln.

Wie würdest du als Bürgermeister in Sachen Verkehrsberuhigung Hag agieren?

Ein Bürgermeister muss in Sachen Verkehr und dessen Beruhigung nicht untätig sein, ganz im Gegenteil. Solange es nicht um größere Geldausgaben geht, hat ein Bürgermeister als Straßenverkehrsbehörde viele Möglichkeiten, in das Verkehrsgeschehen einzugreifen. Dabei würde ich mir zunächst ansehen, wie ein solches Gebiet heute mit vielen neuen Erkenntnissen in Sachen Verkehr gestaltet würde. Anschließend würde ich überlegen, was davon mit einfachen Mitteln umgesetzt werden könnte und was die Menschen auch akzeptieren.

Aber du hättest doch auch in vielen anderen Angelegenheiten zumindest einen Gestaltungsspielraum. Wie würdest du ihn nutzen?

Der Bürgermeister ist Chef der Verwaltung. Alle politischen Vorlagen, die von dort kommen, gehen über seinen Schreibtisch. Es liegt also in der Hand des Bürgermeisters, diese Vorlagen zu prüfen und dadurch schon vorab unangemessene Beschlüsse zu verhindern.

Hast du da ein Beispiel, was könnte ein Bürgermeister etwa für Photovoltaik tun?

Vor einem Jahr kam aus der Verwaltung eine Beschlussvorlage zum „Parkplatz an der Modau“. Der NABU hat auf dem Parkplatz

mit knapp 400 PKW-Stellplätzen zusätzlich die Errichtung von Photovoltaik zur Stromproduktion vorgeschlagen. Schließlich verlangt das auch das Hessische Energiegesetz seit verganginem Jahr für Parkplätze mit mehr als 50 Stellplätzen. Zu dieser Anregung ließ die Verwaltung in der Beschlussvorlage wörtlich mitteilen: „Da der Parkplatz möglichst naturnah gestaltet werden soll, ist die Errichtung eines überdachten oder teilüberdachten Parkplatzes mit Solarenergie aufgrund des erheblichen Eingriffs in die Natur nicht vorgesehen“.

Eine solche Ablehnung von Photovoltaik auf einem dafür besten geeigneten Ort hätte meinen Schreibtisch nicht verlassen. Die Gemeindevertretung hatte diese Verwaltungsvorlage dann mehr-

heitlich und diesbezüglich ungeändert beschlossen.

Nun wird aktuell intensiv überlegt, für die sogenannte Freiflächenphotovoltaik wieder neue Freiflächen zu opfern. Wenn mit dem Bau des Parkplatzes schon Natur zerstört wird, so hätte dort aber wenigstens zugleich auch Stromproduktion vorgesehen werden können. Das ist leider nicht geschehen. Unter diesen Voraussetzungen wird es kaum gelingen, die Menschen davon zu überzeugen, nun weitere Freiflächen für Photovoltaik preiszugeben,

Das passt zu einer Pressemitteilung aus dem Landratsamt. Der Erste Beigeordnete Lutz Köhler von der CDU hatte am 13. Oktober 2023 klargestellt, dass der immense Flächenverbrauch nicht richtig ist, und zwar besonders im Umland städtischer Verdichtungsräume. Die vorhandenen Flächen für Siedlung und Verkehr müssten optimal genutzt werden. Das sind Selbstverständlichkeiten. Sind sie in der Mühltaler Verwaltung und Politik nicht hinreichend bekannt?

Zunächst einmal ist festzuhalten, dass Herr Köhler im Landratsamt einen sehr guten Job macht. Dazu gehört auch, die Dinge beim Namen zu nennen. Er gilt als Anpacker und bringt jetzt auch hoffentlich zeitnah den Neubau der Schule am Pfaffenberg auf den Weg. Lutz Köhler hätte im Falle des Parkplatzes an der Modau vermutlich die Stromproduktion als Selbstverständlichkeit angesehen, und zwar auch ohne die Anregung der Naturschützer.

Warum die Photovoltaik trotz der Hinweise auch von mir in den Beratungen nicht in den Be-

bauungsplan zum Großparkplatz aufgenommen wurde, kann ich nicht sagen. Ich kann aber sagen, dass ich als Bürgermeister die Photovoltaik bereits in die Beschlussvorlage eingearbeitet hätte. Wenn man die Photovoltaik dann immer noch nicht hätte haben wollen, so wäre das zu einem größeren Thema geworden, davor hätte man sich gescheut.

Der CDU-Beigeordnete Köhler bemängelt den Verlust landwirtschaftlich genutzter Flächen. Im Widerspruch dazu hat der Vorsitzende der Mühltaler CDU einen Antrag an die Gemeindevertretung unterschrieben, der bezweckt, ein Ackergrundstück, das am Traisaer Vogelteich an ein privates Baugrundstück grenzt, von Landwirtschaftsfläche in

einen Privatgarten für das Baugrundstück umzuwandeln.

Dem Antrag war eine Mail des Eigentümers an den Vorsitzenden der Mühltaler CDU angeheftet. Wie verhält sich das mit dem Gebot, landwirtschaftliche Flächen nur im Ausnahmefall aufzugeben und liegt hier nicht eine zu große Nähe von Privatinteressen zur Politik vor?

Die Mühltaler CDU spricht erst einmal nur für ihren eigenen Ortsverband und nicht für weitere Gliederungen der Partei. Auch im Parteiprogramm der CDU dürfte festgehalten sein, dass der Flächenverbrauch zu minimieren ist und dass in der Politik das Gemeinwohl den Privatinteressen im Zweifel vorgeht.

Am Vogelteich verschwindet ja nicht nur die landwirtschaftliche Nutzfläche, sondern auch der durchgehende und freie Blick vom Vogelteich in Richtung Dippelshof. Nach meiner Auffassung sollte diese Umwandlung nicht beschlossen werden. Darauf könnten sich dann auch viele andere berufen, die nach dem gleichen Muster ebenfalls anliegende Äcker in Privatgärten umwandeln wollen.

Hättest du noch ein anderes Beispiel? Welche Verwaltungsvorlage hätte bei dir anders ausgesehen?

Der Frankensteiner Weg ist eine kurze Verbindung vom Nieder-Beerbacher Ortskern direkt in die Natur. Im neuen Flächenentwicklungsplan wurden auf Veranlassung des Bürgermeisters drei Grundstücke auf der rechten Seite hinter der aktuellen Bebauung bis fast an die Rechtskurve als Bauland vorgesehen. Das widerspricht den Grundsätzen des Städtebaues, wonach Freiflächen zu schonen

sind. Dort ist eine große Wiese. Das öffentliche Interesse wäre für mich vorrangig. Es geht auch dahin, dass hier Frischluft für Nieder-Beerbach strömen kann. Einzelinteressen nach wertsteigernder Baulandausweisung müssen zurückstehen.

Wie sieht es mit der Kinderbetreuung aus?

Die Kinderbetreuung ist inzwischen eine Pflichtaufgabe der Gemeinde. Sie wäre für mich so selbstverständlich zu erfüllen wie etwa das Vorhalten eines Einwohnermeldeamtes. Da habe ich also eigentlich gar keinen Spielraum, denn die Sache muss ganz einfach funktionieren. Punkt.

In der Praxis geht es darum, ausreichend Plätze anzubieten. Wohnortnähe und pädagogische Qualitäten sollten garantiert sein. Die Betreuungszeiten sollten der Nachfrage entsprechen. Es müssen also genug Plätze selbst da sein, zudem brauchen wir aber auch ausreichendes Personal. Denn der schönste Kindergarten hilft nichts, wenn dort niemand ist, der sich um die Kinder kümmert.

Daher fände ich es gut, die Gruppengrößen grundsätzlich etwas zu verkleinern. Das würde die Arbeit in Mühltal für das Personal attraktiver machen und wir bekämen eher Betreuungskräfte. Andererseits könnten wir die Gruppen bei besonders großer und unerwarteter Nachfrage notfalls noch auffüllen. So könnte ein Puffer und damit Betreuungssicherheit geschaffen werden. Das hatte ich schon in der Gemeindevertretung vorgetragen.

Stichworte Ehrenamt und Vereine?

Eine Gemeinde ist mehr als nur eine funktionale Verwaltungseinheit. Sie will mit Leben gefüllt werden. Das machen oft die Vereine, die regelmäßig auf Ehrenamtsbasis tätig sind. Sie sind zwar häufig noch auf die alten Ortsteile fixiert, aber es gibt heute eigentlich keine Konkurrenzen mehr, sondern man hilft sich gegenseitig. Die Feuerwehren erfüllen im Ehrenamt Pflichten der Gemeinde. All das verdient ohnehin schon eine hohe Wertschätzung.

Wenn Vereine darüber hinaus der Gemeinde auch Arbeit abnehmen, sollten sie spätestens Gliederungen der Partei. Auch im Parteiprogramm der CDU dürfte festgehalten sein, dass der Flächenverbrauch zu minimieren ist und dass in der Politik das Gemeinwohl den Privatinteressen im Zweifel vorgeht.

Du bist als gewissenhafter Arbeiter bekannt, der selbst viele Fragen stellt und der auch für solche Fragen offen ist, mit denen sich andere gar nicht befassen wollen. Das sind gute Voraussetzungen, um das Amt eines Bürgermeisters auszufüllen. Du möchtest damit grundsätzlich alle Menschen einschließen, auch diejenigen, die mitunter das Gefühl haben, nicht gehört zu werden. Warum betreibst du nicht einen offensiveren Wahlkampf, schließlich solltest du deine Qualitäten ja auch herausstellen?

Es ist richtig, dass in einer gelebten Demokratie die Vermarktung der eigenen Person ein wichtiges Element geworden ist. Das stelle ich gar nicht in Frage und das soll auch so sein. Aber ich bewerbe mich ja nicht als Showmaster oder als „Everybody's Darling“, sondern als Chef einer deutschen Verwal-

tung. Und da sind eben andere Qualitäten gefordert. Es würde wohl auch meinem Wesen widersprechen, auf andere Menschen besonders offensiv zuzugehen. Ich will nicht aufdringlich sein. Für einen Wahlkampfamerikanischer Art, in dem vor allem umfassende Präsenz und weniger die tieferen Inhalte zählen, hätte ich auch kein Geld, ich finanziere ja alles selbst.

Zurück in die Verwaltungspraxis. Welche Themen treiben dir die Sorgenfalten in die Stirn?

Unbehagen bereiten mir die ganz enormen und weit überdurchschnittlichen Kostensteigerungen bei den gemeindlichen Bauten. Anfang vergangenen Jahres waren für das neue Feuerwehrhaus Nieder-Beerbach im Investitionsprogramm noch 2,95 Millionen Euro als Gesamtausgabebedarf verzeichnet. In die von 7,4 Millionen Euro die Rede. Der neue Kindergarten am Dornberg ist ähnlich teuer. All das ist zu viel.

Die neuen Gebäude sind aber natürlich ohne jeden Zweifel notwendig. Die hohen Kosten sind aber nicht notwendig. Die meisten Gründe, die das Feuerwehrhaus jetzt so teuer machen, waren vorab bekannt. Sie hätten von vornherein und deutlich vor dem ersten Spatenstich berücksichtigt werden müssen, dann wären die Steigerungen jetzt zumindest nicht so hoch.

Wenn aber erst einmal drauflos geplant und gebaut wird und die naheliegenden Probleme erst später thematisiert werden, wird es natürlich immer teurer. Wir müssen die Kosten von Anfang an im Griff behalten. Andernfalls brauchen wir über weitere Projekte erst gar nicht zu reden oder wir müssen die Steuern erhöhen.

Sollten die teuren Bauprojekte Chefsache sein?

Unbedingt! Angesichts der wirklich außerordentlichen Kosten ist das notwendig. Wo viel ausgegeben wird, kann auch viel gespart werden.

Inwieweit helfen dir bei den vielen Bauangelegenheiten der Gemeinde deine Ausbildung als Diplom-Ingenieur für Architektur und deine praktischen Erfahrungen am Bau?

Die Gemeinde hat einen Baumeister mit einer vergleichbaren Qualifikation wie ich. Er hat allerdings auch noch viele andere Aufgaben, etwa die Erschließung der politisch mehrheitlich gewollten neuen Baugebiete. Vier Augen sehen mehr als zwei und da helfen meine Qualifikationen ganz gewiss. Es hilft ja schon, als Bürgermeister nicht in jedem Detail auf die übrige Verwaltung zurückgreifen zu müssen.

Beim Thema Schwimmbadsanierung etwa sind Fachkenntnisse und gesunder Menschenverstand gefragt. Da verlasse ich mich ungern auf solche „Fachleute“, die uns etwas verkaufen wollen, was wir eigentlich gar nicht brauchen, aber was die Gemeindekasse hoch belasten würde. Wichtig ist der Bestand des Schwimmbades. Der muss gesichert werden.

Zum Kindergarten am Dornberg. Das macht den Eindruck, als stünden wir in einer Sackgasse, die zugleich eine Einbahnstraße ist. Was passiert da gerade?

In der Tat, die Situation ist festgefahren. Wir haben jetzt einen nagelneuen Kindergarten, der aber wegen eines juristischen...

Lesen Sie weiter auf der nächsten Seite >>>

**Fortsetzung des Interviews von
Christoph Zwickler >>>**

...Streites nicht bezogen werden kann. Der Kindergarten war 2020 für das Neubaugebiet am Dornberg auf den Weg gebracht worden. Jetzt heißt es aus der NRD, dass er offenbar lediglich deren bestehende Einrichtungen „Farbenfroh“ und „Arche“ ersetzen solle. Sie haben zusammen etwa so viele Betreuungsplätze wie der Neubau der Gemeinde.

Was ist der Hintergrund des Rechtsstreites?

Die politischen Gremien haben im April 2020 beschlossen, der NRD das Grundstück am Dornberg abzukufen, einen Kindergarten zu bauen und den Betrieb auszuschreiben. Nachdem klar war, wann der Kindergarten fertig sein würde, hat die Gemeinde den Betrieb wie 2020 politisch beschlossen ausgeschrieben. Es gab offenbar mehrere Bewerbungen für den Betrieb, darunter war die NRD.

Ende Juli 2023 hat die NRD beim Verwaltungsgericht Darmstadt beantragt, dass die Gemeinde das Ausschreibungsverfahren stop-

pen und keinem der Teilnehmer den Zuschlag erteilen möge. Das Gericht hat daraufhin das Verfahren angehalten. Der Hessische Verwaltungsgerichtshof hat sich angeschlossen.

Aber dann darf ja auch die NRD keinen Zuschlag bekommen, wenn erst einmal ein Stopp verhängt wurde?

Das ist das große Problem. Die Gerichte haben zwar gesagt, was nicht geht, nämlich eine Fortsetzung des Verfahrens. Sie haben aber nicht gesagt, wie die Sache denn nun rechtlich weitergehen könnte. Jetzt blicken viele Augen aus ganz Hessen ratlos nach Mühlthal. Die Entscheidung des höchsten Verwaltungsgerichtes in Hessen hat wie immer Signalcharakter. Der Bürgermeister ist jetzt großem Druck ausgesetzt, denn die Eltern wollen natürlich wissen, wie es weitergeht. Er ist aber an Recht und Gesetz gebunden und kann nicht einfach aus dem Bauch heraus entscheiden.

Der Beschluss zur Ausschreibung erfolgte im April 2020, also

44 Monate vor Betriebsbeginn des Kindergartens. Seitdem ist bekannt, dass es eine Ausschreibung geben würde. Hätte die NRD nicht früher das Gericht anrufen können, dann wäre das Verfahren auch früher beendet gewesen und es hätte jetzt nicht diese Unsicherheit gegeben?

Jeder, der sich in seinen Rechten beeinträchtigt sieht, kann ein Gericht anrufen. Niemand ist gezwungen, bis auf den letzten Drücker abzuwarten. Dieses Abwarten ist aber auch nicht verboten.

Was ist für dich der Kern dieser misslichen Sache?

Die ganzen Kombinationen aus Grundstücksverkauf, städtebaulichen Verträgen, Kinderbetreuungsverträgen und letztlich der Ausschreibung, welche die Gemeinde an die NRD binden, sollten zurückgefahren werden. Wenn die NRD mit ihren zweifellos guten und anerkannten Betreuungseinrichtungen umziehen will, so hätte sie der Gemeinde das Grundstück nicht verkaufen dürfen. Sie hätte dort einen eigenen Kindergarten bauen können.

Alle wären froh gewesen. Ein Rechtsstreit wäre vermieden worden und es hätte jetzt weder Unsicherheit bei den Eltern noch Ratlosigkeit in der Verwaltung gegeben. Die Gemeinde hätte sich die Ausschreibung und den Grundstückskauf sowie den Bau des Kindergartens erspart. Wir reden da immerhin von bald 9 Millionen Euro, von denen nur ein kleiner Teil erstattet wird.

Hinterher ist man immer klüger. Wie hast du 2020 abgestimmt?

In der maßgeblichen Ausschusssitzung am 28. April 2020 war ich der einzige, der das ganze Geschäft abgelehnt hat. Es gab aber Enthaltungen. Weil ich schon damals ein unangenehmes Gefühl hatte, ließ ich namentlich abstimmen. Ich wollte für alles, was sich daraus für die Gemeinde finanziell ergeben würde, nicht persönlich in Haftung genommen werden.

Anderes Thema: Welche Rolle spielen Förderprogramme?

Förderprogramme sind gerade für uns ein ganz zentraler Baustein

der Finanzierung vieler wichtiger Projekte. Das sehen wir am Beispiel der Sanierung des Sportplatzes in Traisa. Ohne Förderung durch den Bund würde hier wohl nichts passieren.

Gibt es da nicht geradezu einen Dschungel aus Förderprogrammen?

Wirklich übersichtlich ist das nicht. Ich verbringe manche Abende mit dem Durchstöbern von Förderprogrammen im Internet. Das macht nicht immer Spaß, aber wenn man fündig wird, ist das schon ein gutes Gefühl. Nur deshalb konnte ja das Programm für die Schwimmbadsanierung der Verwaltung und der Gemeindevertretung vorgelegt werden. Leider wurde dann eine außergewöhnlich hohe Förderung beantragt, sodass es am Ende gar nichts gab. Einen Versuch war es dennoch wert.

Wer die Protokolle aufmerksam liest, merkt schnell, dass du die Sitzungen der Ausschüsse am häufigsten besuchst. Wird dir das nicht zu viel?

Die Frage, ob es mir zu viel wird, stellt sich nicht. Wenn ich die Mühlthaler Kommunalpolitik ernstnehme, ist das der richtige Ansatz, um alle Vorschläge, Überlegungen und politischen Diskussionen umfassend mitzubekommen. Ich will fundiert wissen, worum es wirklich geht und wie sich die Fraktionen zu den Themen stellen. Damit muss ich mich befassen.

Es hilft ja nichts, nur die eigene Meinung als Allheilmittel anzusehen. Die Auseinandersetzung mit anderen Auffassungen ist der Schlüssel für eine gute Arbeit. Vorurteile sollten vermieden werden und wenn ich andere anhöre, sollte ich in der Lage sein, meine Meinung auch zu ändern.

Kannst du ein Beispiel nennen?

In der Diskussion um den Flächennutzungsplan wollte die CDU ein kleineres Grundstück in Frankenhausen als Bauland interpretieren, das in vorhandene Ackerflächen hineinragt. Die CDU benannte dafür einige Gründe, die aber alle nicht einschlägig waren. In der Sitzung des Klima-, Umwelt- und Bauausschusses

vom 30. November 2023 fragte ich nach, ob für das Grundstück denn schon Steuern wie für Bauland bezahlt wurden. Das bejahte die Verwaltung.

Die Eigentümer sollten also darauf vertrauen dürfen, dass sie bereits Bauland haben. Obwohl dieses Grundstück aus städtebaulichen Gründen eigentlich nicht als Bauland dargestellt werden dürfte, änderte ich meine Meinung. Denn in diesem besonderen Fall ist für mich das Prinzip des Rechtsstaates wichtiger als die städtebaulichen Gründe. Meine Meinung konnte ich aber nur ändern, weil ich die Sitzung besucht und konkret nachgefragt hatte. Wir müssen die Menschen gerecht behandeln.

Das ist ein schönes Schlusswort. Ich wünsche dir für die Wahl am 21. Januar 2024 viel Erfolg!

Danke! Und jetzt erst einmal frohe Weihnachten und einen guten Rutsch ins neue Jahr!

www.christoph-zwickler.de